

Aus Kindern werden Kopfpauschalen

KIBIZ. Erzieherinnen befürchten, dass das neue Kinderbildungsgesetz zu Lasten der Betreuung geht und Stellen kostet.

AM NIEDERRHEIN. Mit "Kibiz" soll einiges besser werden. Sagt die Landesregierung. Der Ausbau der Plätze für unter Dreijährige von 2,8 auf 20 Prozent bis 2010, bessere Sprach-erziehung in den Kitas und mehr Flexibilität in der Betreuung. Dass diese Vorgaben mit dem geplanten Kinderbildungsgesetz erreichbar sind, daran haben Träger wie Städte, Kir-chen, Elterninitiativen und Verbände der Wohlfahrtspflege starke Zweifel. Sie befürchten neben höheren Elternbeiträgen den Abbau von Vollzeitstellen für Erzieherinnen.

Auch Erzieherinnen und Eltern machen gegen den Entwurf von Familienminister Armin Laschet (CDU) mobil. Rund 120 000 Unterschriften gegen "Kibiz" wurden gesammelt und Tagesstätten in ganz NRW machten bei einem Aktionstag gegen das Gesetz mit. Paul Saatkamp, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein, forderte bei einer Demonstrati-on in Düsseldorf das Gesetz "einzustampfen".

Konzept würde über den Haufen geworfen

Was "Kibiz" für ihre Einrichtung bedeuten würde, steht für die Leiterin des katholischen Kindergartens "Arche Noah" in Hamminkeln fest. "Sollten wir für eine 25-Stunden-Betreuung eingestuft werden, würden sich die Arbeitsstunden meiner Kolleginnen reduzie-ren", erklärt Liane Wierz-Schöbel. Zur Zeit würde noch der Großteil der 51 Mädchen und Jungen die Tagesstätte für 35 Stunden pro Woche besuchen.

Elf Kinder betreuen die vier Erzieherinnen für 45 Stunden. "Das Gesetz würde unser Kon-zept komplett umwerfen. Wenn die Mädchen und Jungen nur noch für 25 Stunden kom-men, fällt die Über-Mittag-Betreuung weg und die Sprachförderung kommt zu kurz.", sagt die Leiterin. Ihre Kolleginnen hätten ausgerechnet, dass ein freier Träger durch "Kibiz" rund 60 000 Euro pro Jahr verlieren könnte. Wierz-Schöbel sieht die Neuerung allerdings nicht nur unter dem finanziellen Aspekt skeptisch: "Ich habe auch im pädagogischen Be-reich Zweifel. Es droht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Eltern mit Geld können den Beitrag für eine 45-Stunden-Betreuung zahlen. Die Kinder aus ärmeren Familien bleiben auf der Strecke."

"Bürokratisches Ungeheuer"

"Das Gesetz bietet nicht die angestrebten Verbesserungen in der Kita-Landschaft", lautet die Einschätzung von Thomas Krützberg, Leiter des Duisburger Jugendamtes. Er betont, dass "nicht alles auf den Kopf gestellt" werde, wenn die Vorgabe komme: "Die Leitungen unserer Einrichtungen melden den jeweiligen Bedarf. Dann entscheiden wir als Träger am Gesetz orientiert." Krützberg kündigt außerdem an, dass sich der städtische Personal-schlüssel nicht ändern werde. Vorläufiges Fazit: "Kibiz" biete zwar einige gute Ansätze, sei aber ein "bürokratisches Ungeheuer".

Ebenfalls skeptisch blickt Rosemarie Verch auf den Entwurf aus der Landeshauptstadt. Sie ist Leiterin des Klever Kindergartens "Gänseblümchen", den eine Elterninitiative trägt, und

meint: "Es nervt tierisch, dass sich alles nur um die Finanzen dreht. Die Kinder und die Arbeitsqualität rücken in den Hintergrund."

Wenn Verch den Begriff "Pro-Kopf-Pauschale" im Zusammenhang mit Kindern hört, laufe es ihr "eiskalt den Rücken" herunter. Zur Zeit spielen und lernen 64 Mädchen und Jungen in der Einrichtung, die für 47,5 Stunden pro Woche öffnet. "Wenn ‚Kibiz´ kommt, müssten wir als erstes auf 45 Stunden herunter fahren", erklärt die Leiterin. Eine langfristige Planung sei mit dem Gesetz ebenfalls nicht mehr möglich: "Es ist nicht vorhersehbar, wie viele Kinder künftig zu uns kommen. Erst ‚Pisa´, jetzt ‚Kibiz´. Es wird Eltern geben, die keine Kinder mehr wollen."

25.09.2007 MARKUS BÜLLES